

Miriam Wolter

Auf dem Weg zu einem gemeinschaftlichen Asylrecht in der Europäischen Union

Rechts vergleichende Betrachtung des materiellen
Asylrechts der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine
Vergemeinschaftung der Materie

n Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	14
<i>Vorwort</i>	18
<i>Einleitung</i>	19
<i>Erstes Kapitel Asylrecht in der Europäischen Union: Entwicklung und Perspektiven</i>	23
I. Einführung in die Flüchtlingsproblematik und die Grundstruktur des Asylrechts	23
A. Rechtsstellung des Flüchtlings nach internationalem Recht	24
1. Recht des Flüchtlings auf Asyl nach der GFK und sonstigem Völkerrecht?	25
2. Personeller Anwendungsbereich der GFK	27
B. Gewährung von Asyl nach nationalem Recht	29
II. Bisherige Schritte auf dem Weg zum vergemeinschafteten Asylrecht	34
A. Beitrag des Maastrichter Vertrages	35
B. Zuständigkeitsabkommen	36
C. Londoner Entschließungen	40
1. Entschließung über offensichtlich unbegründete Asylanträge	40
2. Entschließung zum einheitlichen Konzept in bezug auf Aufnahmedrittländer	41
3. Schlußfolgerungen betreffend Länder, in denen im allgemeinen keine ernsthafte Verfolgungsgefahr besteht	43
D. Entschließung über Mindestgarantien für Asylverfahren	43
E. Gemeinsamer Standpunkt des Rates der EU zur Flüchtlingsdefinition	44
F. Vertrag von Amsterdam	46
1. Der Titel „Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken betreffend den freien Personenverkehr“	47
2. Das Protokoll über die Gewährung von Asyl für Staatsangehörige von Mitgliedstaaten der Europäischen Union	48
III. Inhaltliche Vorüberlegungen zur Ausgestaltung eines einheitlichen materiellen Asylrechts	52
A. Bestimmung und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	52
B. Vorhandene gemeinsame Ansätze und Grundlagen im materiellen Asylrecht	54
1. Art. 1 A Nr. 2 GFK als rechtliche Grundlage	54
2. Grundgedanken der Gewährung politischen Asyls	56
a. Die Auslieferungsausnahme zugunsten politischer Straftäter als Wurzel des Asylrechts	57
b. Die menschenrechtliche Begründung des Asylrechts	61
(1) Politische Verfolgung als diskriminierende Menschenrechtsverletzung	62
(2) Der Aspekt der Diskriminierung	63
(3) Der Aspekt der Menschenrechtsverletzung: Kulturrelativismus contra Universalität	68
IV. Zusammenfassung	73

<i>Zweites Kapitel Materielles Asylrecht im Rechtsvergleich</i>	74
I. Ziel und Gang der Untersuchung	76
II Rechtsvergleichende Untersuchung des materiellen Asylrechts der Mitgliedstaaten der Europäischen Union unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands und Frankreichs	80
A. Grundlagen des materiellen Asylrechts	80
1. Deutschland	80
a. Art. 16 a Abs. 1 GG als Grundlage des materiellen Asylrechts	82
b. Die Auslegung des Verfolgtenbegriffs und das Verhältnis zum Begriff des Konventionsflüchtlings	83
2. Frankreich	88
a. Das Zusammenspiel der verfassungsrechtlichen und der einfachgesetzlichen Rechtsgrundlagen	88
b. Interpretation des verfassungsrechtlichen Asylrechts	92
(1) Die Rechtsprechung des Conseil d'Etat	92
(2) Die Rechtsprechung des Conseil Constitutionnel	93
aa) Die Entwicklung in der Rechtsprechung des Conseil Constitutionnel bis zur Entscheidung vom 13. August 1993	94
bb) Die Entscheidung vom 13. August 1993: subjektiv-individuelles Grundrecht auf Asyl für „Freiheitskämpfer“	96
(3) Unterschiedliche Rechtsstellungen für Konventionsflüchtlinge und „Freiheitskämpfer“?	98
c. Die Verfassungsänderung von 1993	100
3. Weitere Länder	103
4. Wertender Rechtsvergleich	112
B. Vergleich der einzelnen inhaltlichen Voraussetzungen für eine Qualifizierung einer Person als asylberechtigt	115
1. Art und Intensität des Verfolgungseingriffs	116
a. Der Gemeinsame Standpunkt	117
b. Deutschland	118
(1) Eingriffsintensität und Schutzgüter	118
(2) Maßstab für die erforderliche Intensität	120
(3) Einzelne Rechtsgüter	123
c. Frankreich	128
d. Weitere Länder	134
e. Wertender Rechtsvergleich	135
2. Zuordnung des subjektiven Elements der Definition zum objektiven Sachverhalt und Verfolgungsprognose	140
a. Der Gemeinsame Standpunkt	141
b. Deutschland	142
(1) Objektiv drohende Verfolgung als Ausgangspunkt	142
(2) Verfolgungsprognose bei nicht vorverfolgten und bei vorverfolgten Asylbewerbern	147
c. Frankreich	152
d. Weitere Länder	162
e. Wertender Rechtsvergleich	166

(1) Der methodische Ansatz: Glaubwürdigkeitsprüfung auf der Basis des Individualvortrags oder Beurteilung der objektiven Verfolgungswahrscheinlichkeit?	166
(2) Die Rolle des subjektiven Elements	169
(3) Der Wahrscheinlichkeitsmaßstab	170
(4) Fragen der Aufklärung des SachVerhalts	174
Individualisierung und Gruppen Verfolgung	178
a. Der Gemeinsame Standpunkt	178
b. Deutschland	178
(1) Die „Lehre vom Sonderopfer“	178
(2) Die Rechtsprechung zur Gruppen Verfolgung	180
aa) Der Grundsatz	181
bb) Situationen im Übergangsbereich zwischen Einzel- und Gruppenverfolgung	183
cc) Voraussetzungen für die Annahme einer Gruppenverfolgung	187
dd) Einzelne Fallbeispiele	191
c. Frankreich	198
(1) Die „mesures-generales“-Rechtsprechung	198
(2) Rechtsprechung zur Gruppenverfolgung	200
d. Weitere Länder	203
e. Wertender Rechtsvergleich	206
(1) Allgemeine Bemerkungen	206
(2) Bewertung der „Sonderopferlehre“ (singled out for persecution)	208
(3) Ableitung individueller begründeter Verfolgungsfurcht aus einer Situation der Gruppenverfolgung	209
Nachfluchtgründe	214
a. Der Gemeinsame Standpunkt	215
b. Deutschland	216
c. Frankreich	224
d. Weitere Länder	227
e. Wertender Rechtsvergleich	229
(1) Objektive Nachfluchtgründe	229
(2) Subjektive Nachfluchtgründe	229
aa) Analyse der unterschiedlichen Ausgangspunkte der nationalen Rechtsprechungspraktiken	229
bb) Erfordernis einer Kausalität zwischen Verfolgung und Flucht?	230
cc) Argumente für die Asylerblichkeit subjektiver Nachfluchtgründe	232
dd) Provokations- und Mißbrauchsproblematik	234
Urheber der Verfolgung	241
a. Der Gemeinsame Standpunkt	242
b. Deutschland	243
(1) Unmittelbar staatliche Verfolgung	245
aa) Verfolgung durch den Staat	245
bb) Quasi-staatliche Verfolgung	247
(2) Mittelbar staatliche Verfolgung	249

c.	Frankreich	252
	(1) Verfolgung durch den Staat und staatsähnliche Organisationen	252
	(2) Verfolgung durch Dritte	254
d.	Weitere Länder	261
e.	Wertender Rechtsvergleich	263
	(1) Staatliche Verfolgung	263
	(2) Nichtstaatliche Verfolgung	265
	aa) Schutzbereitschaft und Schutzfähigkeit eines grundsätzlich fortbestehenden Staates	267
	bb) Menschenrechtsverletzungen durch nichtstaatliche Akteure	272
	cc) Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure in einer Situation des „failed State“	277
	Die einzelnen Verfolgungsgründe	281
a.	Allgemeines zur Anknüpfung an ein asylerbliches Merkmal durch den Verfolger	281
b.	Verfolgungen aufgrund der politischen Überzeugung	284
	(1) Politische Überzeugung und politisches Delikt als Verfolgungsgrund	286
	aa) Der Gemeinsame Standpunkt	286
	bb) Deutschland	287
	i. Die politische Überzeugung als Verfolgungsgrund: Begriff, Inhalt und Äußerungsformen	287
	ii. Die politische Überzeugung als Schutzgut	288
	iii. Das politische Delikt	289
	aaa) Zusammenhang mit dem Auslieferungsrecht	289
	bbb) Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Verfolgermotivation	290
	ccc) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur staatlichen Selbstverteidigung	295
	(i) Ausgangspunkt: staatliche Selbstverteidigung kann asylrechtsbegründend sein	295
	(ii) Kein asylerblicher Charakter bei Maßnahmen des Rechtsgüterschutzes	296
	(iii) Kein asylerblicher Charakter bei Terrorismusbekämpfung	297
cc)	Frankreich	300
	i. Die politische Überzeugung als Verfolgungsgrund und als Schutzgut	300
	ii. „persecutions“ oder „poursuites penales“?	301
	aaa) Versuch der Abgrenzung von politischer Verfolgung und Rechtsgüterschutz auf Tatbestandsebene	302
	bbb) Ausschluß politisch Verfolgter nach Art. 1Fb)GFK	306
dd)	Weitere Länder	310
	i. Asylerblichkeit staatlicher Selbstverteidigung als Ausgangspunkt	311
	ii. Die Grenze der Asylgewährung bei politischen Delikten, insbesondere bei gewaltsamen Taten	312

ee)	Wertender Rechtsvergleich	316
i.	Allgemeines	316
ii.	Asylerheblichkeit staatlicher Selbstverteidigung	318
iii.	Strafverfolgung und politische Verfolgung	321
aaa)	Objektiv nicht-politische Delikte	322
(i)	Rechtsgüterschutz keine politische Verfolgung	323
(ii)	Politmalus	324
bbb)	Delikte mit objektiv politischem Element	325
(i)	Delikte ohne Gewaltanwendung	325
(ii)	Straftaten unter Anwendung von Gewalt	326
iv.	Die Legitimität der staatlichen Reaktion auf die Äußerung einer politischen Überzeugung	333
(2)	Asylerheblichkeit der Bestrafung wegen Republikflucht	340
aa)	Deutschland	340
bb)	Frankreich	343
cc)	Weitere Länder	344
dd)	Wertender Rechtsvergleich	345
(3)	Kriegsdienstverweigerung, Desertion	349
aa)	Der Gemeinsame Standpunkt	349
bb)	Deutschland	350
cc)	Frankreich	353
i.	Das Motiv für die Kriegsdienstverweigerung	353
ii.	Weitere Voraussetzungen für die Annahme einer Verfolgung	354
dd)	Weitere Länder	356
ee)	Wertender Rechtsvergleich	359
i.	Asylerheblichkeit bei ausgrenzender Praxis	362
ii.	Asylerheblichkeit, die sich aus der Natur des Konflikts ableitet, an dem die betroffene Person teilzunehmen gezwungen wäre	362
iii.	Asylerheblichkeit der exzessiven Bestrafung der Wehrdienstverweigerung	364
	Verfolgungen aufgrund der Religion	365
(1)	Der Gemeinsame Standpunkt	366
(2)	Deutschland	366
aa)	Die Anknüpfung einer Verfolgungsmaßnahme an die Religionszugehörigkeit des Opfers	367
bb)	Die Eingriffsproblematik	368
i.	Unterscheidung zwischen forum internum und forum externum bei Eingriffen in die religiöse Überzeugung	369
ii.	Keine Unterscheidung zwischen forum internum und forum externum bei Eingriffen in Leib, Leben und körperliche Freiheit	374
cc)	Tatsächliches Vorliegen einer religiösen Überzeugung	375
(3)	Frankreich	376
aa)	Eingriffe in das Schutzgut der Religionsfreiheit	376
bb)	Eingriffe in die klassischen asylrechtlichen Schutzgüter	378
cc)	Tatsächliches Vorliegen einer religiösen Überzeugung	380

(4) Weitere Länder	380
(5) Wertender Rechtsvergleich	382
aa) Allgemeines	382
bb) Das Problem der Identifizierung und der Prognose asylrelevanter Eingriffe im Bereich der Religionsfreiheit	383
i. Gegenüberstellung der betrachteten Rechtsprechungspraktiken	383
ii. Die Frage der Einbeziehung der öffentlichen Dimension der Religionsfreiheit	385
iii. Folgerungen	388
d. Verfolgungen aufgrund der Nationalität und der Rasse	390
(1) Der Gemeinsame Standpunkt	390
(2) Deutschland	391
aa) Begriffe	391
bb) Ethnische Identität als Schutzgut	393
(3) Frankreich	394
(4) Weitere Länder	396
(5) Wertender Rechtsvergleich	396
e. Verfolgung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe	400
(1) Der Gemeinsame Standpunkt	401
(2) Deutschland	402
aa) Kernbereich	402
bb) Frauenspezifische Verfolgung	404
i. Spezifische Gesichtspunkte der Verfolgung von Frauen bei Anknüpfung an politische, ethnische, religiöse Merkmale	405
ii. Widerstand gegen Normen, die die Rechte der Frau einschränken	409
iii. Der frauenspezifische Fluchtgrund der Verstümmelung der Geschlechtsorgane	413
cc) Verfolgung wegen der sexuellen Orientierung	415
(3) Frankreich	420
aa) Kernbereich	420
bb) Frauenspezifische Verfolgung	421
i. Verfolgung von Frauen bei Anknüpfung an politische, ethnische, religiöse Merkmale	421
ii. Widerstand gegen Normen, die die Rechte der Frau einschränken	421
iii. Der frauenspezifische Fluchtgrund der Verstümmelung der Geschlechtsorgane	423
cc) Verfolgung wegen der sexuellen Orientierung	426
(4) Weitere Länder	427
(5) Wertender Rechtsvergleich	430
aa) Der Versuch einer abstrakten Definition des Begriffs der sozialen Gruppe	431
bb) Verfolgung aufgrund des Geschlechts als Asylgrund	434
i. Gegenüberstellung der betrachteten Rechtsprechungspraktiken	434

ii.	Asylerheblichkeit von Verfolgungen „wegen des Geschlechts“	437
iii.	Folgerungen aus der Asylerheblichkeit geschlechtsspezifischer Verfolgung im Hinblick auf spezielle Fallgruppen	443
aaa)	Folgerungen in bezug auf Asylerheblichkeit frauendiskriminierender Normen	444
bbb)	Folgerungen in bezug auf frauenspezifische Verfolgung durch private Dritte	446
cc)	Verfolgung wegen der sexuellen Orientierung als Asylgrund	452
dd)	Anfügung eines Auffangtatbestandes an den Katalog der Verfolgungsgründe	454
	Die Anerkennung von Familienangehörigen	460
a.	Der Gemeinsame Standpunkt	461
b.	Deutschland	461
(1)	Der abgeleitete Erwerb der Asylberechtigung nach § 26 AsylVfG	462
aa)	Ehegattenasyl	463
bb)	Minderjährigenasyl	464
cc)	Weiterer Personenkreis ?	464
(2)	Die Regelvermutung politischer Verfolgung von Familienangehörigen eines politisch Verfolgten	466
c.	Frankreich	469
(1)	Der abgeleitete Erwerb der Flüchtlingsanerkennung	469
aa)	Ehegatten	470
bb)	Kinder	473
cc)	Weiterer Personenkreis	474
(2)	Plausibilität persönlicher Verfolgungsbetroffenheit aufgrund familiärer Beziehungen zu einer verfolgten Person	476
d.	Weitere Länder	477
e.	Wertender Rechtsvergleich	479
(1)	Völkerrechtliche Verpflichtung zur Gewährung von Familienasyl?	480
(2)	Soft law zum Familienasyl und Staatenpraxis	481
(3)	Vergleich und Würdigung der Ausgestaltung der Regeln über das Familienasyl, insbesondere im Hinblick auf den begünstigten Personenkreis	483
	Abwesenheit eines verfolgungsbedingten Schutzbedürfnisses: inländische Fluchtalternative und Sicherheit in einem Drittstaat	488
a.	Schutz durch den Heimatstaat: die inländische Fluchtalternative	489
(1)	Der Gemeinsame Standpunkt	489
(2)	Deutschland	490
aa)	Inländische Fluchtalternative und Urheberschaft der Verfolgung	491
bb)	Sonstige Voraussetzungen für die Annahme der inländischen Fluchtalternative	493
(3)	Frankreich	497
(4)	Weitere Länder	500

(5) Wertender Rechtsvergleich	502
b. Schutzgewährung durch einen Drittstaat	505
(1) Die Londoner Resolution und das System der Verträge von Schengen/Dublin	507
(2) Deutschland	508
aa) Art. 16 a Abs. 2 GG	509
bb) Art. 16 a Abs. 5 GG	512
cc) §27 AsylVfG	513
(3) Frankreich	514
aa) Die Boubacar Conte-Rechtsprechung: Sicherheit im Drittstaat kein materieller Ausschlußgrund	515
bb) Die Einreise aus einem sicheren Drittstaat als Grund für Einreiseverweigerung und Verneinung des Aufenthaltsrechts	516
i. Asylsuchende, die bereits nach Frankreich eingereist sind	517
ii. Asylsuchende an der Grenze: die Rogers-Rechtsprechung	518
(4) Weitere Länder	520
(5) Wertender Rechtsvergleich	524
aa) Zusammenfassender Überblick über die nationalen Drittstaatenpraktiken	524
bb) Bewertung: der Grundgedanke des Verweises auf anderweitigen Verfolgungsschutz	526
cc) Listenmodelle und beschleunigte Verfahren	527
dd) Die Anforderungen an die „Sicherheit“ im Drittstaat	528
ee) Voraufenthalt im sicheren Drittstaat und Aufnahmeverpflichtung des Drittstaates als Voraussetzungen für die Anwendung der Drittstaatenregelung	529
i. Voraufenthalt und Rücknahmeverpflichtung	529
ii. Bloßer Transit durch einen Drittstaat	532
iii. Aufnahmemöglichkeit in einem Drittstaat ohne Voraufenthalt	534
<i>Drittes Kapitel Ergebnisse und Schlußbemerkungen</i>	535
I. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	535
A. Grundlagen des materiellen Asylrechts	535
1. Allgemeines	535
2. Vorschlag einer Flüchtlingsdefinition	537
B. Art und Intensität des Verfolgungseingriffs	538
C. Zuordnung des subjektiven Elements der Definition zum objektiven Sachverhalt und Verfolgungsprognose	538
D. Individualisierung und Gruppenverfolgung	539
E. Nachfluchtgründe	539
F. Urheber der Verfolgung	541
G. Einzelne Verfolgungsgründe	542

1. Allgemeines; Anfügung eines Auffangtatbestandes an den Katalog der Verfolgungsgründe	542
2. Verfolgungen aufgrund der politischen Überzeugung	543
a. Allgemeines; politische Straftaten	543
b. Republikflucht	544
c. Kriegsdienstverweigerung	545
3. Verfolgungen aufgrund der Religion	545
4. Verfolgungen aufgrund der Rasse und der ethnischen Zugehörigkeit	546
5. Verfolgungen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe	547
6. Verfolgungen aufgrund des Geschlechts	548
7. Verfolgungen aufgrund der sexuellen Orientierung	
H. Anerkennung von Familienangehörigen	548
I. Abwesenheit eines verfolgungsbedingten Schutzbedürfnisses	549
1. Inländische Fluchtalternative	549
2. Schutzgewährung durch einen Drittstaat	550
II. Schlußbemerkungen	551
<i>Anhang: Tabellen</i>	557
<i>Literaturverzeichnis</i>	561
<i>Register</i>	590